

Hier und Heute  
[27.06.2007]

Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen vom PDG  
einstimmig angenommen

## **Eingefrorenes Stundenkapital wird zu 70 Prozent aufgetaut**

Von Boris Cremer

**Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG) hat am Montagabend das neue Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen verabschiedet, das unter anderem eine Lockerung des Stundenkapitals im Sekundarschulwesen vorsieht.**

Im Gegensatz zum Programmdekret (s. Seite 8) wurde das so genannte Sammeldekret einstimmig gutgeheißen. Die CSP-Fraktion brachte zwar an mehreren Stellen Kritik an, »findet sich aber in vielen Punkten des Dekrets wieder«, wie René Chaineux erklärte.



Das Stundenkapital wird durch das Sammeldekret nicht nur neu unter den ostbelgischen Sekundarschulen aufgeteilt, sondern gleichzeitig aufgestockt. Das erzeuge, so Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB), mehr Substanz und mehr Gerechtigkeit im Sekundarschulwesen. 2003 war das Stundenkapital auf dem Stande von 10458 Stunden eingefroren worden. Nun hat man, nachdem die Schülerzahlen angestiegen sind, den Rechenschieber neu angesetzt. Heraus gekommen ist dabei ein neues Stundenkapital von 11120 Einheiten (inkl. BVA-Stellen), was einem Plus von 662 Stunden oder 31,5 Vollzeitstellen im Vergleich zum 1. Oktober 2002 entspricht. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass bereits in den vergangenen Jahren durch BVA-Stellen gegengesteuert wurde, jedoch ohne gerechte Berücksichtigung der Schülerverteilung. PJU-PDB-Fraktionsführer Gerhard Palm stellte eine »doppelte Verschiebung der Schulbevölkerung fest: hin zu den freien Schulen, hin zum technischen Unterricht«.

### **Abfederung**

Um zu verhindern, dass bestimmte Schulen durch die Neuverteilung zu abrupt Stundenkapital einbüßen, ist im Sammeldekret ein Abfederungsmechanismus vorgesehen worden. Dieser garantiert allen Schulen ein gewisses Mindeststundenkapital, um den jeweiligen Schulstandort nicht zu gefährden. Unterrichtsminister Paasch ist überzeugt, »dass künftig alle Sekundarschulen über das Stundenkapital verfügen, das sie benötigen«. Im Schuljahr 2007-2008 wird das Stundenkapital, wenn man die Zahlen von 2002 und den Verteilerschlüssel aus dem Programmdekret von 1997 heranzieht, zu 70 Prozent aufgetaut sein.

René Chaineux und seine CSP-Fraktion hätten gerne der Eupener Pater-Damian-Schule »ein wenig mehr Unabhängigkeit von der Regierung eingeräumt«. Konkret hätten »die beiden Schulen, an denen jeweils über 15 Prozent aller Schüler eingeschrieben sind, drei Prozent mehr Stunden erhalten sollen«.

Das Sammeldekret reformiert auch das Amt des Schulleiters an Sekundarschulen. Künftig müssen diese Direktoren innerhalb von fünf Jahren eine spezielle Ausbildung absolvieren. Damit soll garantiert werden, dass sie den Anforderungen ihres Amtes gewachsen sind. Schulleiter seien heutzutage »Manager eines Großbetriebs«, gleichzeitig aber auch »Psychologen und Pädagogen«, sagte Palm. Die Schulleiter werden künftig in der Regel nicht mehr definitiv ernannt, sondern unbefristet eingestellt, mit der beidseitigen Möglichkeit einer Kündigung. Das schaffe, so Paasch, Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Weil die Anforderungen an das Amt des Schulleiters gestiegen sind, wird auch die Entlohnung erhöht, in Form einer monatlichen Prämie. Die CSP-Fraktion störte sich daran, dass als Zugangsvoraussetzung für das Amt des Schulleiters ein abgeschlossenes Universitätsstudium gelte und Regenten mit Hochschuldiplom nur »als zweite Wahl« in Frage kämen. »Der Chef sollte über das gleiche Diplom wie seine Mitarbeiter verfügen«, begründete Paasch die Anforderung. »Ein junger Mensch mit Regentendiplom kann sich doch zu

einem Fachmann auf dem Gebiet der Pädagogik und zu einer Persönlichkeit mit Führungsqualitäten entwickeln«, argumentierte Chaineux.

### **Positives Klima**

Im Maßnahmenpaket für das Unterrichtswesen ist auch eine Anpassung der Rückforderungsregeln vorgesehen. Die Verjährungsfrist wurde halbiert und beträgt nur noch ein Jahr. In Einzelfällen kann die Regierung von einer Rückforderung ganz absehen. »Künftig wird der Minister darüber befinden können, wem er die Rückforderung teilweise oder ganz erlässt und wem nicht«, warnte René Chaineux im Namen der CSP-Fraktion. Ferdel Schröder, PFF-Fraktionsvorsitzender, stellte klar, dass der Minister »seine Entscheidung immer rechtfertigen müsse«. Allgemein gelobt wurde das positive Klima bei den Ausschusssitzungen zum Sammeldekret.